

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Kurs für Adressänderung: Nr. 10011  
Schriftleitung u. Druckerei: Carl Neubauer  
Dresden - U. 1, Marienstraße 88/89

Bezugspreis bei monatlicher Lieferung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 10 % W. für Postgebühren), durch Verlagsanstalt 3.40 RM. (einschließlich 10 % W.). Bezugspreis (ohne Postgebühren) bei 1 und 2 wöchentlichen Lieferungen: 10 RM., wöchentlich 5 RM. 50 Pf., 10 RM. 50 Pf. (einschließlich 10 % W.). Einzelhefte 25 Pf. (einschließlich 10 % W.). Für Ausland: 40 Pf., bis 20 mm dicke Postkarte 100 Pf., darüber 200 Pf., ab 30 mm 300 Pf., ab 40 mm 400 Pf., ab 50 mm 500 Pf., ab 60 mm 600 Pf., ab 70 mm 700 Pf., ab 80 mm 800 Pf., ab 90 mm 900 Pf., ab 100 mm 1000 Pf., ab 110 mm 1100 Pf., ab 120 mm 1200 Pf., ab 130 mm 1300 Pf., ab 140 mm 1400 Pf., ab 150 mm 1500 Pf., ab 160 mm 1600 Pf., ab 170 mm 1700 Pf., ab 180 mm 1800 Pf., ab 190 mm 1900 Pf., ab 200 mm 2000 Pf., ab 210 mm 2100 Pf., ab 220 mm 2200 Pf., ab 230 mm 2300 Pf., ab 240 mm 2400 Pf., ab 250 mm 2500 Pf., ab 260 mm 2600 Pf., ab 270 mm 2700 Pf., ab 280 mm 2800 Pf., ab 290 mm 2900 Pf., ab 300 mm 3000 Pf., ab 310 mm 3100 Pf., ab 320 mm 3200 Pf., ab 330 mm 3300 Pf., ab 340 mm 3400 Pf., ab 350 mm 3500 Pf., ab 360 mm 3600 Pf., ab 370 mm 3700 Pf., ab 380 mm 3800 Pf., ab 390 mm 3900 Pf., ab 400 mm 4000 Pf., ab 410 mm 4100 Pf., ab 420 mm 4200 Pf., ab 430 mm 4300 Pf., ab 440 mm 4400 Pf., ab 450 mm 4500 Pf., ab 460 mm 4600 Pf., ab 470 mm 4700 Pf., ab 480 mm 4800 Pf., ab 490 mm 4900 Pf., ab 500 mm 5000 Pf., ab 510 mm 5100 Pf., ab 520 mm 5200 Pf., ab 530 mm 5300 Pf., ab 540 mm 5400 Pf., ab 550 mm 5500 Pf., ab 560 mm 5600 Pf., ab 570 mm 5700 Pf., ab 580 mm 5800 Pf., ab 590 mm 5900 Pf., ab 600 mm 6000 Pf., ab 610 mm 6100 Pf., ab 620 mm 6200 Pf., ab 630 mm 6300 Pf., ab 640 mm 6400 Pf., ab 650 mm 6500 Pf., ab 660 mm 6600 Pf., ab 670 mm 6700 Pf., ab 680 mm 6800 Pf., ab 690 mm 6900 Pf., ab 700 mm 7000 Pf., ab 710 mm 7100 Pf., ab 720 mm 7200 Pf., ab 730 mm 7300 Pf., ab 740 mm 7400 Pf., ab 750 mm 7500 Pf., ab 760 mm 7600 Pf., ab 770 mm 7700 Pf., ab 780 mm 7800 Pf., ab 790 mm 7900 Pf., ab 800 mm 8000 Pf., ab 810 mm 8100 Pf., ab 820 mm 8200 Pf., ab 830 mm 8300 Pf., ab 840 mm 8400 Pf., ab 850 mm 8500 Pf., ab 860 mm 8600 Pf., ab 870 mm 8700 Pf., ab 880 mm 8800 Pf., ab 890 mm 8900 Pf., ab 900 mm 9000 Pf., ab 910 mm 9100 Pf., ab 920 mm 9200 Pf., ab 930 mm 9300 Pf., ab 940 mm 9400 Pf., ab 950 mm 9500 Pf., ab 960 mm 9600 Pf., ab 970 mm 9700 Pf., ab 980 mm 9800 Pf., ab 990 mm 9900 Pf., ab 1000 mm 10000 Pf.

Druck u. Verlag: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden  
Kurs für Adressänderung: Nr. 10011  
Schriftleitung u. Druckerei: Carl Neubauer  
Dresden - U. 1, Marienstraße 88/89

## Das Reichsbankgesetz geändert

### Ein weiterer Schritt zur Diskontermäßigung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Sept. Das Reichskabinett hat heute nachmittags seine Beratungen über die Diskontmaßnahmen für die Landwirtschaft vorgelesen. Ein Abschluss der Beratungen wurde heute noch nicht vorgenommen, ist vielmehr erst für die nächsten Tage zu erwarten. Nach neuerlichen Beratungen sollen die von der Landwirtschaft aufgestellten Forderungen nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, in vollem Umfang zur Verwirklichung gelangen. Zur Zeit läßt sich aber noch nicht erkennen, wie weit

die Rücksichtnahme auf die Exportmöglichkeiten der Industrie, die ja offenbar eine gewisse Rolle spielt, in den für die Landwirtschaft vorgegebenen Maßnahmen zur Auswirkung kommen wird. Mit der Veröffentlichung des landwirtschaftlichen Hilfsprogramms dürfte erst für Sonntag zu rechnen sein, wo der Reichsernährungsminister Dr. v. Braun, wie angekündigt, in München vor einem landwirtschaftlichen Gremium sprechen wird.

Wie wir weiter hören, bereitet die Reichsregierung einen Aufruf zur Wahl vor, der bereits am Dienstag des Mittwochs durch Rundfunk und Plakatschlag zur Kenntnis der Bevölkerung gebracht werden wird. Die Grundzüge dieses Aufrufs entsprechen den vom Reichskabinett in seinen letzten Reden bereits dargelegten Aufstellungen.

Nach der in Basel gefassten Entscheidung ist eine nur zwei Paragraphen umfassende Novellierung des Reichsbankgesetzes für die Zeit bis zum 30. September 1932 erlassen. Die volle Diskontonomie der Reichsbank ist damit wiederhergestellt.

Der Zentralausschuß der Reichsbank wird noch im Laufe des Dienstagnachmittags oder spätestens im Laufe

des Mittwochs zusammentreten, um eine Diskontsenkung von 5 auf 4 Prozent vorzunehmen. Der bevorstehenden Senkung des Reichsbankdiskonts hat man am Diskontmarkt heute bereits Rechnung getragen, indem der Privatdiskontsatz, wie bereits gemeldet, um 0,5 auf 4 Prozent ermäßigt worden ist.

### Die Zustimmung der BZL zur Diskontsenkung

Basel, 19. September. Die Vertung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich teilt über die heutige Verhandlung des Verwaltungsrates hinsichtlich des deutschen Begehrens folgendes mit: Der Verwaltungsrat nahm Kenntnis von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, in der die Ausdehnung der Anwendung des § 29 Abs. 3 des deutschen Reichsbankgesetzes bis 30. September 1932 in Vorschlag gebracht wird. Nachdem der Verwaltungsrat gemäß den besonderen Bestimmungen der Anlage 5a des neuen Planes die Frage geprüft hatte, ob der Vorschlag der Reichsregierung mit dem neuen Plan unvereinbar ist, ermächtigte er seinen Vorsitzenden, dem Reichswirtschaftsminister zur Kenntnis zu bringen, daß die BZL, gestützt auf die besonderen Bestimmungen der Anlage 5a, keinen Einspruch gegen den in der Mitteilung des Ministers vom 8. September 1932 enthaltenen Vorschlag erhebt.

Der Verwaltungsrat hat auch von der am 5. d. M. erfolgten Erneuerung des Anteiles der BZL an dem der Reichsbank gewährten Kredit für drei Monate, nachdem die anderen drei beteiligten Banken ebenfalls einverstanden waren, ihren Anteil zu erneuern, Kenntnis genommen. Auch von den Vorbereitungen, die die Währungs- und volkswirtschaftliche Abteilung der Bank im Hinblick auf die Weltkonferenz durch Fortschreibung von entsprechenden Aufstellungen, die sich mit kreditpolitischen Problemen befassen, getroffen hat, wurde Kenntnis genommen. Die nächste Verwaltungsratsitzung der BZL findet am 10. Oktober statt.

### Wir bleiben fest!

Mit der englischen Antwortnote an Deutschland über die Frage unserer Gleichberechtigung hat die diplomatische Aktion, die Deutschland zur Rückkehr nach Genf bewegen sollte, ihren Abschluss gefunden, und zwar im negativen Sinne. Es bleibt also bei dem Schreiben des Reichsaussenministers an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, daß wir so lange auf die weitere Teilnahme verzichten, als die anderen Mächte das diskriminierende Ausnahmeregime gegenüber Deutschland aufrechterhalten werden. Deutschland wird dessenungeachtet nach wie vor bereit sein, hierüber in mündlicher Aussprache zu verhandeln, muß aber auf das diplomatische Notenspiel verzichten. Nach der schulmeisterlichen Antwortnote Englands wird die bereits am Freitag der vorigen Woche erfolgte kategorische Abfuhr an Genf als das letzte deutsche Wort einstimmig um so mehr begrüßt werden, weil sie sich nach Form und Inhalt sachlich und zweckentsprechend erwies und vor allem endlich einmal dem deutschen Stolz Rechnung trägt. Die englische Note, die völlig im Geiste der französischen Ablehnung des deutschen Standpunktes gehalten ist, unterstreicht nur noch das deutsche Schreiben. Wenn man sich auch keinen großen Hoffnungen hingeben konnte, daß der englische Außenminister Sir Simon dem deutschen Standpunkt auch nur einigermaßen gerecht werden würde, so hat man allerdings eine so unverblümte Ablehnung unserer Forderungen nicht erwarten können. Denn die britische Öffentlichkeit hat in den letzten Wochen immerhin einiges Verständnis für den deutschen Standpunkt bewiesen. Zweifellos neigen auch jetzt noch die Engländer weit mehr dem Standpunkt Russlands zu, der mit dem allergeringsten Verständnis die Berechtigung unserer Forderungen energisch vertritt und der mit Worten, wie sie ein deutscher Regierungsvorsteher auch nicht besser hätte finden können, in seinen Artikeln die Begründung des deutschen Anspruches auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit gegeben hat.

Das gleiche Gefühl besteht auch jetzt noch, wie das Echo bezeugt, das die britische Note in der Londoner Presse gefunden hat. Man spürt, wie sehr selbst unvoreingenommene Engländer über das starke Dinneigen ihres Außenministers zu Frankreich erkannt sind. Die angesehensten Blätter erklären, daß die englische Note alles getan habe, um Deutschland in seinem Entschluß, an der Abrüstungskonferenz nicht teilzunehmen, nur noch zu bestärken. Ja, man vermisst in der englischen Öffentlichkeit, daß die Regierungnote es vermieden habe, Deutschland auch nur die geringste Garantie dafür zu geben, daß man es in Genf im zweiten Teil der Konferenz endlich mit der Abrüstung ernst meine. Erfreulicherweise hat man in London nicht vergessen, welche Mühe sich die deutsche Delegation auf den bisherigen Sitzungen der Konferenz gegeben hat, um zu einer wirklichen beträchtlichen Mäßigung aller Staaten zu kommen. Es ist bezeichnend, daß der „Daily Herald“ in seinem Kommentar zur englischen Note erklärt, man dürfe sich nicht wundern, wenn Deutschland anerkennend all dieser wertvollen Einträge schließlich die Geduld verloren habe. Auch andere Zeitungen, wie die halbbaltische, sehr angelegene „Times“, betonen, ungeachtet der Stellungnahme der englischen Antwortnote sei der deutsche Anspruch auf Gleichheit in der Rechtsstellung im wesentlichen gut begründet. Selbst wenn Aussicht darauf bestände, daß das nächste Stadium der Abrüstungskonferenz dazu führt, allen Staaten den Besitz von Großkampfflugzeugen, U-Booten, Militärflugzeugen, Tanks und schwerer Artillerie zu verbieten, wäre es eine ganz ungenügende Antwort, Deutschland aufzufordern, das Ende der Konferenz abzuwarten. Die englische Antwortnote tut aber nicht nur das, sondern sie sucht darüber hinausgehend und mit formaljuristischen Darlegungen unseren Rechtsanspruch auf Abrüstung der anderen und auf Gleichberechtigung abzuwehren. Für die zukünftige Entwicklung der Abrüstung bedeutet diese Antwortnote Englands eine der schlimmsten Erschwerungen, die überhaupt denkbar sind. Denn hier wird mit dürren Worten ausgesprochen, daß die Sätze des Versailler Vertrags, wonach die deutsche Abrüstung nur die Einstellung einer allgemeinen Weltabrüstung sein soll, lediglich für Deutschland, nicht aber für die übrigen Staaten eine Verpflichtung enthalten. Auf diese Ansicht des englischen Außenministers wird sich das waffenstarrende Frankreich in Zukunft berufen, wenn eines Tages auch das gegenwärtig im Schlepptau Frankreichs folgende amtliche England zu begreifen beginnt, welche Gefahren für den Weltfrieden und für die notwendige Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes in der französischen Rüstungspolitik begründet liegen. Es war schon immer bekannt, daß der derzeitige englische Außenminister ein blinder Anhänger der Entente mit Frankreich ist. Aber man wundert sich, daß der Abrüstungsfreund Macdonald in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident die allzu grobe Vorliebe seines Außenministers für Paris in der Antwortnote nicht korrigiert hat. Man kann das nur in Zusammenhang damit bringen, daß Macdonald, wie seit einiger Zeit immer mehr in die Öffentlichkeit tritt, ein schwerkranker Mann ist, der kaum noch die Regierungsgeschäfte wahrnehmen kann. Die englische Antwortnote zeigt jedenfalls mit ex-

## Henderson bedauert den deutschen Beschluß

Genf, 19. Sept. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat die ausführlich begründete Mitteilung des deutschen Außenministers vom 14. September, daß die deutsche Regierung an der Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz am 21. September nicht teilnehmen werde, mit einem längeren Schreiben beantwortet, das mit einem Verweis versehen ist. Henderson erklärt zunächst,

daß er den Beschluß der deutschen Regierung bedauere und geht dann ausführlich auf Einzelheiten der Entscheidung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli ein, um seine Auffassung zu rechtfertigen, daß hinsichtlich des Umfangs der künftigen allgemeinen Abrüstung durch diese Resolution noch keine endgültige Vorentscheidung getroffen sei. Als Präsident der Abrüstungskonferenz habe er ihm nicht zu, in eine Diskussion über „das Abrüstungsregime des Versailler Vertrages“ einzutreten. Da er aber der künftigen Abrüstungskonvention der Abrüstung, die aus der künftigen Abrüstungskonvention hervorgehen würde, schon jetzt schweigend zustimmen würde, seine Bedenken auszudrücken hinsichtlich der Interpretation, die die deutsche Regierung in Frage dieser Resolution gebe. Henderson erläuterte sodann noch an seine Rede vor der Generalkommission am 23. Juli.

um seine Überzeugung zu wiederholen, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu einer wesentlichen Herabsetzung der Wehrleistungen führen würden.

Zum Schluß erklärt der Präsident der Abrüstungskonferenz, er hoffe aufrichtig, daß die deutsche Regierung nach einer Prüfung seiner Antwort so bald wie möglich wieder an den Arbeiten des Büros der Abrüstungskonferenz teilnehmen kann, um so mehr, als durch eine längere Abwesenheit Deutschlands von den Beratungen

die Sache der Abrüstung schwer gefährdet werden könnte. Henderson teilt schließlich noch mit, daß er die Mitteilung der deutschen Regierung und seine heute veröffentlichte Antwort allen Mitgliedern des Büros der Abrüstungskonferenz übermitteln werde.

Henderson hatte heute nachmittags eine Besprechung mit dem Vizepräsidenten der Konferenz, Polaris (Griechenland), und dem Berichterstatter der Generalkommission, Venech (Tschekoslowakei). Die Besprechung, an der auch der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, und der Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundessekretariats, Agnides, teilnahmen, galt wie vom Völkerbundessekretariat mitgeteilt wird, einem Meinungsaustausch über die Tagesordnung der Sitzung des Büros der Konferenz am nächsten Mittwoch. Wie verlautet, wurde beschlossen, dem Büro zu empfehlen, seine Verhandlung, die bisher stets geheim waren, am Mittwoch öffentlich abzuhalten.

Wie unsere Berliner Schriftleitung dazu noch mitteilt, wird auch der im Vergleich zu der englischen Denkschrift freundlich gehaltene Brief Hendersons an dem

Standpunkt der Reichsregierung, an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz sich nicht eher zu beteiligen, als bis Deutschland die Gleichberechtigung ausgedehnt ist, nichts ändern.

### Graf Gravina †

Danzig, 19. Sept. Der Völkerbundkommissar in Danzig, Graf Ranfredo Gravina, ist am Montag um 22,20 Uhr im Städtischen Krankenhaus gestorben.

Der Tod des Völkerbundkommissars Graf Gravina hat in Danzig große Bestürzung hervorgerufen. Diese Trauer erfüllt die gesamte Bevölkerung, vor allem diejenigen, die Gelegenheit hatten, mit Graf Gravina in persönlicher Beziehung zu treten und ihn als Diplomaten wegen des Taktes und der Objektivität schätzen zu lernen, mit der er sich seiner schwierigen Aufgaben zu erlösen suchte. — In politischer Beziehung bedeutete der Tod des Grafen Gravina für



Danzig insofern einen schweren Schlag, als die Regelung der schwebenden Danzig-polnischen Streitfragen durch den Völkerbund jetzt möglicherweise eine Verzögerung erfährt.

Graf Gravina ist im Jahre 1883 in Palermo geboren. Er machte zunächst in der Marine und der Luftschiffahrt Dienst und wurde 1906 zum Vizekonsul in Schanghai ernannt. Dann bekleidete er den Posten des Ehrenadjutanten des Königs von Italien. Von 1910 bis 1922 war er Marineattaché in Stockholm und bei sämtlichen skandinavischen Staaten beglaubigt. Bis 1925 führten ihn mehrere Aufgaben ins Ausland, u. a. auch nach Danzig. Von 1924 bis 1929 gehörte er der italienischen Delegation beim Völkerbund als Delegierter an. Seine Ernennung zum Völkerrundkommissar in Danzig erfolgte im Juli 1929.

Table with financial data, including columns for 'Aktien', 'Werte', and 'Nationalen'. It lists various stock prices and values.